



# kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe Mai 2007 - I -

## Inhalt:

1. GdP-Lifestyle – Genuss-Seminar „Whisky-Tasting“
2. GdP bei den Mai Veranstaltungen
3. DGB zur Steuerschätzung
4. Europäische Wirtschaftsforscher: Stärkere Lohnerhöhungen
5. Bezirksgruppenvorstand führt Gespräch mit SPD-Abgeordneten
6. Versetzungstermin 18. Juni 2007
7. Gesundheitsreform: Tipps für Versicherte
8. Tariftreue- und Vergabegesetz
9. Beförderungsmisere: Kollegenmeinung

## 1. GdP-Lifestyle – Genuss-Seminar „Whisky-Tasting“

Die Kreisgruppe Mayen der GdP veranstaltet am 22. Juni 2007, um 19.00 Uhr in Ernst/Mosel, Vinothek „Vino“ eine Verkostung für edle schottische Brände und Destillate. Wir entführen in das Reich der exklusiven Whiskies! Dabei entdecken die Teilnehmer die großen und kleinen Geheimnisse des „Wassers des Lebens“. Und erfahren alles über das perfekte Nosing und Tasting. Genau das Richtige für alle Whisky-Liebhaber. Ein hochklassiger Genuss-Event steht bevor! Es werden ca. 10 Proben Single-Malt-Whisky aus verschiedenen privaten schottischen Destillieren präsentiert und verkostet. Durch den Abend führt einer der führenden Importeure Deutschlands. Dazu werden herz- und schmackhafte Snacks gereicht. Die Kosten betragen 30,00 € pro Person. Es stehen auch ausreichend Übernachtungsmöglichkeiten gegen Aufpreis zur Verfügung.

Anmeldungen bitte an die GdP-Mayen, Norbert Puth, Hahnengasse 11, 56727 Mayen, Tel. 0172-6549099 oder Bernd Schüller, Moselstraße 31, 56812 Cochem, Tel. 02671 – 984224.

## 2. GdP bei den Mai Veranstaltungen

Bei den Mai-Veranstaltungen in Koblenz und Mainz haben die Redner der GdP die Forderung nach spürbaren Besoldungserhöhungen deutlich zum Ausdruck gebracht.

Ernst Scharbach in Koblenz: „Die Beschäftigten müssen endlich an den gestiegenen Gewinnen beteiligt werden. Das sieht auch unser Ministerpräsident Kurt Beck so – sagt er jedenfalls. Schade – leider macht er da, wo er selbst die Verantwortung trägt, das Gegenteil. Kurt Beck hat seinen Beamtinnen und Beamten im Jahr 2003 die Gehälter um 3,6 % gekürzt. 2005 und 2006 gab es Nullrunden. In Verbindung mit der Inflation haben wir in den letzten 4 Jahren über 10 % Gehalt eingebüßt. Und in den Jahren 2007 und 2008 will Beck unser Gehalt um mickrige 0,5 % erhöhen. Das macht für einen Kommissar eine Gehaltserhöhung von 14 € aus. Die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst Verdi, GEW und GdP wollen keine Extrawurst, sondern die Übernahme des Tarifabschlusses für alle. Wir wollen mehr

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

06131-96009-0 06131-96009-99

GdP LB Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55126 Mainz  
V.i.S.d.P.: Ernst Scharbach



Geld. Wir haben letzte Woche die Landesregierung zur Aufnahme von Verhandlungen aufgefordert. Wir wollen die gleichen Verhandlungsrechte, wie die Tarifbeschäftigten.“

Besoldung und Besoldungsabsenkung waren auch für Heinz-Werner Gabler das Thema seiner Mai-Rede in Mainz: „Die Beteiligung der Beschäftigten an den Gewinnen muss jetzt erfolgen. Auch unser Landesvater Kurt Beck hat dies gefordert.

Doch was macht er als Arbeitgeber mit seinen eigenen Beschäftigten. Er plant Besoldungserhöhungen von 0,5%. Ein halbes Prozent! Bei mir 15 Euro monatlich brutto. Immerhin jeden Tag im Monat ein Laugenbrötchen mehr. Liebe Kolleginnen und Kollegen, von den Arbeitgebern zur Recht eine bessere Beteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmensgewinnen durch spürbare Lohnerhöhungen zu fordern und die eigenen Arbeitnehmer mit 0,5 % abspesen zu wollen, zeugt von wenig Respekt Herr Beck. Die Absenkung der Eingangsbesoldung ist ein Irrweg. Jungen Menschen das notwendige Geld für Familiengründung und Altersicherung wegzunehmen ist Unsinn. Um ihren Unsinn in der Öffentlichkeit begründen zu können, wurde der Presse mitgeteilt, dass die Aufregung der Gewerkschaften unbegründet sei, da nach der Absenkung immer 2300 Euro verbleiben würden. Doch liebe Kolleginnen und Kollegen Tatsache ist, dass nur 1500 Euro verbleiben, also 800 Euro weniger als die Regierung veröffentlicht hat. In unseren Augen eine bewusste Irmeldung.“



Die Absenkung der Eingangsbesoldung war das Thema der Rede von Sabrina Kunz bei der Mai-Kundgebung der DGB-Jugend in Mainz: „In seiner Regierungserklärung hat Kurt Beck erklärt, dass zukünftig im gehobenen Dienst die Einstellung zwar als Kommissar erfolgt, für drei Jahre jedoch die Bezahlung aus dem Amt eines Obermeisters also eine Gehaltsstufe niedriger. Dies soll aber nicht nur für zukünftig einzustellende erfolgen, sondern auch für bereits in Ausbildung befindliche junge Menschen. Erst lockt man die jungen Leute mit Gehaltsversprechungen und dann werden sie veräppelt.“

Um den berechtigten Forderungen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften Nachdruck zu verleihen, werden wir den Mai-Reden / Herbst-Taten folgen lassen, sollte die Politik nicht zur Vernunft kommen. Man darf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht weiter von der Lokomotive des Aufschwungs abkoppeln.

### **3. DGB zur Steuerschätzung**

**Muscheid: Land soll Steuerplus auch für überfällige Erhöhung der Beamten-einkommen nutzen / Sparkurs fortsetzen**

Die Steuerschätzung prognostiziert für das Land Rheinland-Pfalz Mehreinnahmen in Höhe von 590 Millionen €. Dies sei eine Chance für die Politik, sie eröffne neue Gestaltungsspielräume, so der rheinland-pfälzische DGB-Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz.



Es sei völlig klar, die Konsolidierung der Landesfinanzen müsse oben auf der politischen Agenda bleiben. Die Auffassung von Finanzminister Deubel (vgl. Handelsblatt vom 11.5.07), dass es nichts zu verteilen gäbe, sei allerdings falsch, so Muscheid. Muscheid: „Die ca. 63.000 rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamte üben seit Jahren Verzicht. Jetzt ist es an der Zeit, dass sie von dieser positiven Entwicklung profitieren. Eine Besoldungserhöhung in Höhe des für den öffentlichen Dienst erzielten Tarifergebnisses von 2,9 % ist überfällig.“

Der DGB fordere die Landesregierung auf, möglichst umgehend Gespräche über eine angemessene Besoldungserhöhung aufzunehmen.

#### 4. Europäische Wirtschaftsforscher empfehlen "stärkere Lohnerhöhungen":

Das Bruttoinlandsprodukt in der Eurozone wird 2007 um 2,2 Prozent wachsen. Das erwartet das European Labour Network for Economic Policy (ELNEP) in seiner aktuellen Frühjahrsprognose. Damit setze sich der Aufschwung im Euroraum fort, verliere aber an Dynamik, so das ELNEP. Das Netzwerk empfiehlt "stärkere Lohnerhöhungen als in den vergangenen Jahren".

#### 5. Bezirksgruppenvorstand führt Gespräch mit SPD-Abgeordneten

Im Rahmen der GdP-Aktionskette zur Besoldungsrunde hatte der Bezirksgruppenvorstand PP Rheinpfalz Landtagsabgeordnete der SPD zum Frühstücksgespräch in die Kantine des PP eingeladen. Die Vizepräsidentin des Landtages, Frau Hannelore Klamm, und das Mitglied des Finanzausschusses, Herr Günther Ramsauer, folgten der Einladung. Für die GdP nahmen Heinz-Werner Gabler, Hans Peter Michel, Gerd-Uwe Jakob und Gerhard Hubach an diesem Gespräch teil.

Hans Peter Michel gab in seiner Begrüßung der Hoffnung Ausdruck, dass nach den einschneidenden Maßnahmen der letzten Jahren, die für die Beamtinnen und Beamten zu erheblichen Einkommenseinbußen geführt haben, bei der jetzt ins Auge gefassten Besoldungsanpassung ein kräftiges Plus bei der Besoldung und Versorgung entsteht.

Heinz-Werner Gabler verdeutlichte die Forderungen von DGB und GdP:

- Einmalzahlungen von 450 bis 900 Euro (gestaffelt nach Laufbahnabschnitten) in 2007
- Lineare Besoldungsanhebung um 2,9% ab 2008
- Wegfall der Absenkung der Eingangsbesoldung

Die geforderten Einkommensverbesserungen für die rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfänger würden im Niveau dem Tarifabschluss und den Besoldungsregelungen anderer Länder entsprechen. Er machte außerdem die Einschnitte bei den Beförderungen aufmerksam. Gerade im gehobenen Dienst seien die Zahlen der Beförderungsstellen um rund 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück gegangen.

Beide Volksvertreter führten aus, ihnen sei die Unzufriedenheit der Beamten bewusst, jedoch seien die Einsparmaßnahmen angesichts der nicht gerade rosigen Finanzlage des Landes notwendig. Was die Deckelung der Beförderungsstellen betrifft, waren beide über die Konsequenzen fraktionsintern nicht unterrichtet. Die von der GdP rechtzeitig und im Detail bei den Gesprächen in den Landtagsfraktionen ausgeführten Bedenken, wurden nicht weitertransportiert

Herr Ramsauer hält eine neue Sensibilität innerhalb seiner Fraktion in dieser Frage für erforderlich. Er sieht Möglichkeiten in der Frage der Absenkung bei der Eingangsbesoldung. Weitere Ansatzpunkte könnten sich in einem avisierten Gespräch zwischen Dietmar Muscheid, dem DGB-Vorsitzenden und MP Kurt Beck ergeben. DGB und GdP hatten ihn zu Besoldungsverhandlungen aufgefordert.



Herr Ramsauer als Finanzexperte wollte keine Versprechungen machen, sagte jedoch zu, ernsthaft den Vergleich mit anderen Bundesländern bezüglich der Bezahlung zu ziehen und die vorgetragene Kritik der GdP zur Beförderungssituation genau zu überprüfen.

Allerdings wolle er die Erwartungen dämpfen. Der Ministerpräsident habe einen eisernen Sparkurs angeordnet und der Finanzminister setze alles daran, diesen Kurs auch durchzuhalten. Trotzdem will er die Diskussion der angesprochenen Themen innerhalb seiner Fraktion weiter führen.

Für Montag, den 21.5.2007 sind die Landtagsabgeordneten der CDU zum Frühstück eingeladen. Auch von diesem Gespräch werden wir berichten.

Gerhard Hubach

Bezirksgruppenvorsitzender

P.S.: Wir hatten zehn SPD-Abgeordnete eingeladen, zwei sind unserer Einladung gefolgt, die anderen blieben aus verschiedenen Gründen der Veranstaltung fern.

## 6. Versetzungstermin 18. Juni 2007

Nachdem wegen des Einsatzes G 8 Gipfel zuerst der 15. Juni 2007 als Versetzungstermin ins Auge gefasst wurde, hat das Innenministerium nun festgelegt, dass die Versetzungen erst zum 18. Juni 2007 umgesetzt werden.

## 7. Gesundheitsreform: Tipps für Versicherte

Seit dem 1. April gelten die ersten Neuregelungen im Zuge der Gesundheitsreform 2007 - doch nur wenige Versicherte wissen, worauf sie künftig achten müssen. Der DGB bietet deshalb mit der Broschüre "Gesundheitsreform 2007 - Tipps und Informationen für Versicherte" auf 48 Seiten umfangreichen Service zu den neuen Regelungen und Leistungen und gibt Antworten auf alle wichtigen Fragen: von einer Bewertung der neuen Krankenkassenleistungen und Krankenkassen-Wahltarife über eine Übersicht der Zuzahlungsregelungen bis hin zu Kontaktadressen von Beratungsstellen und wichtigen Verbänden. Die Broschüre ist in gedruckter Form bei den Geschäftsstellen von DGB und Gewerkschaften vor Ort erhältlich.

[http://www.dgb.de/homepage\\_kurztexte/gesundheitsbroschuere.htm](http://www.dgb.de/homepage_kurztexte/gesundheitsbroschuere.htm)

## 8. Tariftreue- und Vergabegesetz

Der DGB begrüßt, dass jetzt auch das Land Rheinland-Pfalz ein Vergabe- und Tariftreuegesetz vorlegen wolle. Dies könne dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit rheinland-pfälzischer Unternehmen sowie Arbeitsplätze zu sichern, so der rheinland-pfälzische DGB-Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz. Ziel des Tariftreue- und Vergabegesetzes ist es, die Vergabe öffentlicher Aufträge, z. B. in den Sektoren Bau oder öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), an verbindliche Standards zu knüpfen.

Muscheid: „Wenn die Vergabe öffentlicher Aufträge z. B. an die Einhaltung von Tarif- und Sozialstandards oder an die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen geknüpft wird, ist dies auch im Sinne der Arbeitnehmer. Damit kann z.B. Dumpinglohn und Schwarzarbeit ein Riegel vorgeschoben werden.“

Dies hilft der heimischen Wirtschaft und sichert darüber hinaus die Qualität der angebotenen Leistungen.



Ausschlaggebend für die Effektivität der gesetzlichen Vorgaben sei allerdings, dass wirkungsvolle Kontrollmechanismen installiert und Verstöße entsprechend geahndet werden. Tariftreue- und Vergabegesetze gibt es z.B. in Bayern, im Saarland und in Sachsen-Anhalt.

## 9. Beförderungsmisere: Kollegenmeinung

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
ich habe meinen Unmut in der Mitgliederversammlung der Kreisgruppe PP/PD Koblenz bereits zum Ausdruck gebracht. Ich habe das Beförderungssystem als krank bezeichnet und dem GdP-Vorstand vorgehalten, dass ihr es mitgetragen habt, obwohl ihr wusstet, dass die Wartezeiten völlig überhöht waren und es nur eine Frage der Zeit war, dass einer klagt und dabei gewinnt. Jedenfalls in der Feststellung, dass die Bewerbungsausschlusszeiten einfach willkürlich viel zu hoch gesetzt sind. Persönlich hat der Kollege sowieso nichts davon. Es ging ihm eben ums Prinzip. Jetzt könnt ihr ihn zum Sündenbock machen, aber damit belügt ihr euch selbst.

Jetzt zu meiner Beurteilung. Ich habe dazu einige Bemerkungen schriftlich gemacht und sie meiner Beurteilung beifügen lassen. Ferner habe ich angekündigt die Bemerkungen zu veröffentlichen. Ich bitte euch die Veröffentlichung zu übernehmen. Ich stelle mir vor, dass dies in der nächsten Ausgabe von Deutsche Polizei-Juni 2007 und in Kurz berichtet Juni 2007 möglich ist. Die Bemerkungen dürfen auch im Hauptpersonalrat bekannt gemacht werden. Meine Namensnennung darf ausdrücklich bei der Veröffentlichung erfolgen.

Ich hoffe, dass ihr mutig genug dazu seid, auch wenn ihr nicht ohne meine Kritik wegkommt. Ich habe immer für die Arbeitnehmervertretung GdP gestanden und hoffe, dass wir bald wieder auf Erfolgskurs kommen.

Ministerpräsident Kurt Beck und dem Ex-Kollegen Bruch sollten wir grüne Stoffvorhänge in der Größe 1 x 2 m öffentlich schenken, damit sie damit ihren Spiegel zuhängen können. Ich könnte an deren Stelle nicht mehr in Spiegel sehen. Vielleicht ist das Mal eine Aktion die wir veranstalten könnten. Ich werde mit von der Partie sein, so wie ich es auch am 01.05.2007 in Koblenz war. Wie war unser alter Wahlspruch: Wer nicht kämpft, der hat schon verloren.

Mit freundlichen Grüßen

Rudolf Meid

### Bemerkungen zu Anlass-Beurteilungen

Die vorliegende Beurteilung mit der Gesamtnote –B- (BBA) ist für mich nicht akzeptabel, da sie nicht zielführend ist für eine Beförderung zum Polizeioberkommissar. Eine überdurchschnittliche Beurteilung reicht nicht aus, um in das nächsthöhere Beförderungsamts zu kommen.

Ich muss die Aussage „eine hohe Wertschätzung zu genießen“ neu einordnen. Des Weiteren wird mir damit deutlich gemacht, was 9 ½ Jahre als Jugendsachbearbeiter und als Bezirksbeamter für die Stadt Mülheim-Kärlich, sowie viele freiwillige Sondereinsätze in der Realität für einen Wert haben. –Null—

Einen Widerspruch gegen eine Beurteilung einzulegen ist frist- und formgerecht möglich, aber im Ergebnis ist es zwecklos. Der einzige Mensch der an dem Widerspruchsverfahren verdienen würde, das wäre der Rechtsanwalt. Unnötige Dienstzeit müsste für Stellungnahmen verschwendet werden. Die Kosten des Rechtsstreites müsste die Gewerkschaft tragen.

Ich erspare mir daher Widerspruch einzulegen.



Gerechtigkeit wird mit dieser Beurteilung nicht erreicht. Mir sind viele Kollegen bekannt, die bereits nach 4 Jahren zum Polizeioberkommissar befördert wurden. Durch ständige Veränderungen im Beförderungsverfahren wurden die Beförderungszeiten auf 6-8 Jahre ausgedehnt. Die Bewerbung zum Polizeioberkommissar durften unsere Jahrgänge erst nach 6 Jahren einreichen. Die Beförderungsquoten waren in diesem Bereich im Jahr 2005 (40%), im Jahr 2006 (40%), im Jahr 2007 (10%). Nachdem vom Verwaltungsgericht Koblenz festgestellt wurde, dass der Ausschluss vom Bewerbungsverfahren mit 6 Jahren zu lang und nicht zulässig sei, wurde die Bewerbungszeit auf 4 Jahre verkürzt, die Bewerberzahlen dadurch erheblich erhöht und die Beförderungsquote auf 7,5 % abgesenkt. Zusätzliche Stellen wurden nicht geschaffen. Die Berufsvertretungen sind an der Misere nicht unschuldig. Sie haben das kranke System mitgetragen und nur sehr leise dagegen protestiert. Es ist zu billig die Schuld auf die klagenden Kollegen vor dem Verwaltungsgericht zu schieben. Die Absenkung der Beförderungsquoten spricht eine deutliche Sprache. Die einstellungsstarken Jahrgänge werden auf die lange Bank geschoben. Diese Jahrgänge durften solche Beförderungsverschiebungen bereits im mittleren Dienst zum Polizeiobermeister und Polizeihauptmeister ertragen. Noch dramatischer ist die Tatsache, dass das Innenministerium 700.000 € im Beförderungsgeschehen 2007 einspart, weil die erforderlichen Planstellen nicht geschaffen wurden. Schuld an dieser völlig verfahrenen Situation will keiner sein. Der Volksmund sagt: „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.“ Es liegt in den Händen unserer Landtagsabgeordneten/innen und der allein regierenden SPD-Regierung die Weichen anders zu stellen, aber dies will man offensichtlich nicht. Ein verlässliches, jährlich wiederkehrendes Beförderungsverfahren ist nicht vorhanden. Der Dienstherr legt die Bedingungen jährlich einseitig neu fest. Eine Beförderung hängt daher nicht von der Leistung des/der Beamten/in ab, sondern nur davon, zur richtigen Zeit in die Polizei eingetreten zu sein. Die anderen haben eben Pech gehabt. Diese Bemerkungen sind meiner Beurteilung beizufügen und in der Personalakte mit aufzubewahren. Diese Bemerkungen werde ich veröffentlichen.

**PK Rudolf Meid**

Dazu der Kommentar:

Ursache allen Übels ist der Haushalt. Wenn nicht genügend Beförderungsmöglichkeiten für eine angemessene und zugesagte Verwirklichung der zweigeteilten Laufbahn zur Verfügung stehen, war / ist es ein probates Mittel, durch Verengung des Korridors und Verlängerung der Wartezeit zu vergleichbaren Beförderungsverläufen zu kommen. Dieser immer noch positive Ansatz, wie er 2006 eingeführt und praktiziert wurde, ist durch eine unzureichende Zahl von Beförderungsmöglichkeiten für 2007/2008 zerstört worden. Der nach der Klage des Kollegen ausgeweitete Beförderungskorridor hat das Konzept endgültig pulverisiert. Das ist kein Grund zur Freude, aber noch einmal: Ursache des Übels ist der Haushalt!

Bernd Becker

## Auto kaufen? Verreisen?

PSW 06131/96009-23 oder -31

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www").

V.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz,  
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

[www.gdp-rp.de](http://www.gdp-rp.de)

Mail: [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

www.gdp-rp.de

@: [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

☎ 06131-96009-0 ☎ 06131-96009-99